



Tschechien: Politik und Wirtschaft

Kritik an der neuen Regierung

Tschechien und die EU

Reaktionen auf das geplante US-Radarsystem

KDU-ČSL-Vorsitzender Čunek unter Korruptionsverdacht

Reformen der neuen Regierung

Wirtschaftliche Entwicklung

Wie viel ist 51% von 200? Oder: Wie viel Überläufer braucht eine Regierung? Seit Januar 2007 amtiert in Tschechien die Regierung **Mirek Topolánek (ODS)**, die eigentlich keine eigene parlamentarische Mehrheit hat. Konservative (ODS), Christdemokraten (KDU-ČSL) und Grüne (SZ), aus denen sich die Koalitionsregierung zusammensetzt, verfügen über genau 100 der 200 Sitze im tschechischen Abgeordnetenhaus. Nach monatelangem Tauziehen duldeten in der entscheidenden Abstimmung im Januar 2 mittlerweile aus der Fraktion der Sozialdemokraten (ČSSD) ausgetretene Abgeordnete die Regierung des konservativen Premiers. Seitdem schießen Spekulationen über den Preis der Zustimmung ins Kraut. Denn: bei dieser einen Abstimmung wird es ja in der angelaufenen Legislaturperiode nicht bleiben. Die Regierung Topolánek beschloss ein ehrgeiziges Reformprogramm.



Kritik an der neuen Regierung

Kurz nach der Abstimmung kritisierten die beiden Oppositionsparteien ČSSD und Kommunisten (KČSM) die Regierung als schwach; das Reformprogramm wäre nicht umsetzbar. Dies wäre schlecht für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Positionierung der tschechischen Volkswirtschaft im internationalen Vergleich.

Grünen-Parteichef Martin **Bursík** (SZ) hält diese Schwäche für einen Vorteil.



Eine solche Konstellation zwingt die Parteien an den Verhandlungstisch. Eine starke Opposition habe eben auch die Chance, stärkeren Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess zu nehmen. Das sei gut für das Kräftegleichgewicht.

Beobachter weisen auf die schwierigen Mehrheitsverhältnisse hin: die beiden



sozialdemokratischen Überläufer tolerierten zwar die Regierungsbildung, seien jedoch nicht verpflichtet, „jeden weiteren Schritt des Kabinetts zu unterstützen“. Damit könnte jede Abstimmung zu den geplanten Reformen den Fortbestand der Regierung gefährden.

Tschechien und die EU

Im Februar trafen sich die Vorsitzenden der fünf im Parlament vertretenen Parteien, um über die künftige Positionierung Tschechiens in der EU zu diskutieren. Ein wichtiges Thema war der EU-Verfassungsvertrag, dessen Entwurf zu diesem Zeitpunkt vorlag.

Mirek Topolánek (ODS) forderte einen neuen, gehaltvollen „verbindlichen“ Verfassungstext, „der die Kompetenzen zwischen EU-Institutionen und Staaten klar absteckt, transparente Entscheidungen ermöglicht und die neuen Mitglieder nicht diskriminiert“.

Jiří Čunek (KDU-ČSL) war für die Erhaltung der wesentlichen Elemente des Vertrags, **Jiří Paroubek (CSSD)** sprach sich für die Übernahme des jetzigen Entwurfes aus.



Martin Bursík, (Grüne) hätte gerne eine kürzere und besser verständliche Version. Auch die KČSM ist nicht gegen die Verfassung, jedoch hält Parteichef Vojtěch Filip den Text ebenfalls für zu lang und hofft auf eine bessere Version.

Im Mittelpunkt der Diskussion: Erwägungen zur künftigen rechtlichen und politischen Gestalt der EU.

Topolánek strebt ein „Europa unterschiedlicher Staatengruppen“ an, welche ihre eigenen verschiedenen Interessen vertreten können.

Jiří Paroubek lehnt diese Vorstellung ab; er wolle keine „Rückkehr zu einem

Völkerbund und in ein Europa des 19. Jahrhunderts“.

Bursík stimmt Topolánek zu, jedoch gehen seine Vorstellungen eher in Richtung eines sich zunehmend integrierenden Kontinents, unter Überprüfung der Verteilung der Kompetenzen, Aufgaben und Rechte der einzelnen nationalen Staaten, aber auch der EU.

Auch die Christdemokratische Partei setzt sich für einen weiteren Integrationsprozess ein, jedoch mit gleichberechtigten Mitgliedsstaaten. Zur Erweiterung hat **Jiří Čunek** klare Vorstellungen: die Staaten des westlichen Balkans sollten aufgenommen werden, mit der Türkei strebt er eine „privilegierte Partnerschaft“ ein.



Kritik an der Berliner Erklärung

Die Staats- und Regierungschefs diskutierten neben dem eigentlichen Thema Klimaschutz auch beim Brüsseler EU-Gipfel im März über die Berliner Erklärung und den EU-Verfassungsvertrag. Jene Länder, die dem Vertrag skeptisch gegenüberstehen, unter anderem Tschechien, befürchten, dass die Erklärung eindeutige Vorgaben in Richtung auf eine Verabschiedung des Vertrags vornimmt. Premier Topolánek vertrat die Auffassung, dass die Erklärung vor allem an die EU-Bürger ansprechen sollte, die sich mit der Europäische Union noch nicht identifizieren können. Man müsste deshalb auf Sprache und Form des Dokuments achten. Dies wäre wichtiger als der Inhalt. Er bat daher um allgemeine Formulierungen und hoffte, dass die deutsche Ratspräsidentschaft sein Anliegen berücksichtigt.

Abschließend sprach er der deutschen Ratspräsidentschaft, besonders aber



Angela Merkel aufgrund ihrer hohen Gesprächsbereitschaft, großes Lob aus. Die guten Beziehungen Topolánek mit Merkel bestehen seit Juni 2004, als Topolánek mit Merkel erstmals in Berlin auf Initiative der Adenauer-Stiftung zusammen traf.

Auch Fürst Karel **Schwarzenberg** (parteilos), Tschechiens Außenminister, war nach dem Gipfeltreffen guter Dinge:



"Ich kann nur sagen, dass der deutsche Vorsitz sehr gut für den Rat war. Kanzlerin Merkel hat den Rat sehr zielbewusst und energisch geführt und hatte für unsere Wünsche absolut Verständnis. Wir haben unsere Ansinnen größtenteils durchgesetzt und können mit dieser Tagung wirklich sehr zufrieden sein".

Bedenkliches Kopfwiegen auf der Prager Burg nach der Zustimmung der tschechischen Regierung zur Erklärung: Präsident **Vaclav Klaus** bemängelte vor allem die zentrale Zielsetzung des Dokuments: Durchsetzung einer gemeinsamen vertraglichen Grundlage bis zu den Wahlen des Europäischen Parlaments 2009.



Er kritisierte ebenfalls, dass Tschechien den Text erst einen Tag vor der Unterzeichnung erhalten hatte. Dies richtete sich vor allem an Bundeskanzlerin Merkel, der er und der stv. Premier Alexandr Vondra schon im Vorfeld „undurchsichtige Verhandlungsmethoden“ vorgeworfen hatten.

Merkel verteidigte die Erklärung. Sie hülfe den Mitgliedsländern bei der Konturierung ihrer Positionen.

Den von Deutschland vorgestellten neuen Zeitplan, der bis Ende 2008 ei-

ne vollständige Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags vorsieht, hält Klaus für unrealistisch.

2009 hat sein Land die EU-Ratspräsidentschaft inne. Damit würde die schwierige Endphase des Ratifizierungsprozesses Tschechien zukommen, was nach Meinung von Vondra die Präsidentschaft erschweren würde. Diese Bedenken stießen in Deutschland auf Unverständnis; der frühere Präsident des Europaparlaments Klaus Hänsch (SPD) legte den verfassungskritischen Ländern wie beispielsweise Tschechien oder Polen zudem nahe, einen Austritt aus der EU in Erwägung zu ziehen.

US-Radarstation auf tschechischem Boden?

Hipp-Hopp-Hopp, Atomraketen Stop! Ein alter Slogan der Friedensbewegung der 80er Jahre macht in Tschechien derzeit die Runde. Oder auch nicht: Am 21. Januar erhielt Prag die offizielle Anfrage der USA, eine Radarstation im Rahmen des US-Abwehrprojekts „National Missile Defense“ (NMD) auf tschechischem Terrain errichten zu dürfen. Mit einem dann ebenso notwendigen Raketenstilo in Polen planen die USA, mögliche Angriffe mit Interkontinentalraketen aus dem Mittleren Osten abzuwehren.

Auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik Mitte Februar übte Russlands Präsident **Vladimir Putin** heftige Kritik an diesem Vorhaben. Russland befürchtet vor allem, die US-Raketen in Polen könnten gegen das eigene Land gerichtet werden. Außerdem nähme die Gefahr terroristischer Anschläge für beide Länder zu. Da bei einem



Angriff alle NATO-Mitgliedsstaaten zur Verteidigung verpflichtet wären, sind die europäischen Nachbarn ebenso von den möglichen Folgen der Anlagen betroffen.

Spannungen in der EU

Die Errichtung der Anlagen betrifft daher nicht nur die USA, Tschechien und Polen. Neben Russland sind auch andere Länder besorgt. Deutschland ließ durch Bundesaußenminister Steinmeier verlauten, Russland hätte näher in die Pläne der USA einbezogen werden sollen. Damit umginge man ein NATO-Versprechen, das Russland im Rahmen der Osterweiterung 2003 gegeben wurde. Damals wurde zugesichert, keine militärischen Anlagen an den Außengrenzen Russlands zu errichten. Steinmeier übersieht dabei, dass Russland weder mit Tschechien noch mit Polen eine gemeinsame Grenze hat. Ferner sind die Pläne der USA seit 2002 bekannt. Sie wurden nämlich als Reaktion auf die Anschläge vom 11.09.2001 bei der Münchener Frühjahrskonferenz ausführlich unter Nennung der Standorte von der amerikanischen Delegation erläutert.

Auch FDP-Vorsitzender Westerwelle äußerte, dass die Stationierung der Anlagen nicht nur Sache der beiden Länder Polen und Tschechien ist, sondern hinsichtlich der Sicherheit der Europäischen Union auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gefordert sei.

Tschechiens Vize-Premier Vondra spottete: „Deutschland ist offenbar ein wenig eifersüchtig, dass die USA, wenn sie mit Europa sprechen wollen, nicht in Berlin, sondern in Prag und Warschau anrufen.“

Topolánek und Kaczyński für das US-Abwehrsystem

Mitte Februar reiste Premierminister

Topolánek nach Polen um sich mit seinem dortigen

Amtskollegen Jaroslaw Kaczyński über die Errichtung der Anlagen in beiden

Ländern zu beraten. Sie sprachen sich übereinstimmend für die Einrichtung des US-Abwehrsystems in den beiden Ländern aus. Topolánek: "Es ist sehr naiv zu glauben, dass die USA nicht mit Russland den Bau der Raketenabwehr-Basis in Polen und Tschechien konsultiert haben. Die Aussagen von Außenminister Steinmeier halte ich für fadenscheinig. Dennoch, für unsere beiden Länder bedeutet das, dass wir uns verstärkt um Kommunikation bemühen müssen, und das nicht nur mit Russland, sondern auch mit Deutschland und Frankreich, mit der nordatlantischen Allianz und natürlich auch mit der Öffentlichkeit."

Derweil forderten mehrere europäische Politiker, das Vorgehen in den Verantwortungsbereich der NATO zu legen, gerade weil die USA, Tschechien und Polen bisher allein untereinander verhandelt hätten. Topolánek stellte daraufhin klar, dass niemand das Recht hätte, beiden Ländern in die Entscheidung hineinzureden, weil keines der anderen Länder bisher eine solche Anlage besäße.

Auch Tschechiens langjähriger Staatspräsident **Václav Havel** ist für die Errichtung einer Radarstation. Ihm



daraufhin von russischen Generälen entgegengebrachte Kritik nannte er „skandalös und ungeheuerlich“.

Tschechiens Bürger mehrheitlich gegen Radarstation

In der tschechischen Öffentlichkeit wird für und gegen die Anlage demonstriert. Laut Umfragen lehnen ca. 70% der Bürger den Bau der Radarstation ab. Eine Volksabstimmung zum Thema sieht die Regierung Topolánek nicht vor. Am 28. März gab der Premier nach einer Kabinettsitzung bekannt, dass Tschechien die Anfragen der USA in einer diplomatischen Note positiv beantworten werde. Dies ist vorerst nur ein „Ja“ zu offiziellen Verhandlungen, wobei Tschechien die US-Regierung in ihrem Vorhaben unterstützen werde; der tatsächliche Bau der Anlage bleibt noch offen.

Korruptionsaffäre Čunek

Ende Januar wurden Vorwürfe gegen den KDU-ČSL-Vorsitzenden, ersten Vizepremier und Minister für Regionalentwicklung **Jiří Čunek** laut. Er soll in seiner Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Vsetín im Jahr 2002 Bestechungsgelder in Höhe ca. einer halben Millionen Kronen von einem Vertreter einer Immobilienfirma entgegengenommen zu haben. Die Anti-Korruptionseinheit der Polizei ermittelte, dass Čunek damals auf sein Bankkonto 497.000 Kronen einzahlte. Diesem Umstand komme Indizfunktion zu. Die Immobilienfirma hatte wiederum kurz zuvor von ihrem Firmenkonto 499.000 Kronen abgehoben. Kurz darauf legte Čunek Unterlagen vor, die belegen



sollten, dass er die Zahlungen als Entschädigung für den Bankrott der Universal Bank von einer Versicherung erhalten haben soll. Sowohl Čunek selbst, als auch die Immobilienfirma wiesen die Vorwürfe zurück. Er verstrickte sich jedoch in immer widersprüchlichere Erklärungen. Hauptbelastungszeugin ist seine Assistentin. Beobachter gehen davon aus, dass Čunek, der nicht Abgeordneter aber Senator (2. parlamentarische Kammer) ist, den Rücktrittsforderungen nicht mehr wird lange widerstehen können.

Aufhebung der Immunität Čuneks

Die Mitglieder des Immunitätsausschusses sprachen sich kurze Zeit später mehrheitlich für eine Aufhebung der Immunität Čuneks aus. Die definitive Entscheidung dafür fällte mit knapper Mehrheit jedoch erst der Senat Anfang Februar. Dies bedeutete den Beginn des polizeilichen Ermittlungsverfahrens. Čunek kündigte darauf an, dass er gegen die Einleitung Beschwerde einlegen werde.

Aus der eigenen, aber auch anderen Parteien wurden unterdessen Äußerungen hinsichtlich eines möglichen Rücktritts des Politikers laut. Parteiintern sprach beispielsweise der Karlsbader KDU-ČSL-Chef **Josef Malý** von möglichen Beschädigungen des Parteiansehens. Allgemein forderte man eine schnelle Lösung aber auch Konsequenzen.



Partei gibt Rückhalt

Obwohl laut Medien der Parteivorstand mit dem Gedanken spielte, Čunek zu einer zeitweisen Niederle-

gung seines Amtes oder gar zum Rücktritt zu bewegen, stellte sich seine Partei kurz darauf geschlossen hinter ihn. Čunek's Ansicht nach sei nicht die Partei das Problem, sondern die Medien. Diese hätten durch ihre kritische Berichterstattung in den letzten Wochen ein unerträgliches Kesseltreiben gegen ihn entfacht.

Parallel lief das Strafverfahren, in dem Čunek's ehemalige Sekretärin Kronzeugin ist. Derzeit unter Polizeischutz stehend soll sie durch drei Männer, die später festgenommen wurden, bedroht und bestochen worden sein. Dies geschah angeblich auf Veranlassung Čunek's der damit bewirken wollte, dass sie ihre Aussage gegen ihn zurücknimmt.

Anfang März machte Premier Topolánek deutlich, dass er Präsident Klaus nicht die Abberufung Čunek's vorschlagen würde. Er äußerte die Vermutung, dass Čunek durch den öffentlichen Druck möglicherweise sein Amt niederlege werde.

Ex-Staatschef Václav Havel hingegen forderte Čunek zum Rücktritt auf. Čunek schade nicht nur seiner eigenen Partei, sondern auch der Regierung und dem Land.

Reformen der Mitte-Rechts-Regierung

Unter anderem im Fokus der Regierung Topolánek: der konsequente Abbau der Staatsverschuldung. Der Verkauf von 7 Prozent des staatlichen Energiekonzerns ČEZ soll 31 Millionen Kronen für die Sanierung von Straßen und Autobahnen erbringen.

Finanzminister

Miroslav Kalousek
(KDU-ČSL) kündigte die Entlassung von 41.000 Staatsangestellten in den



nächsten drei Jahren an. Weltbank, IWF und EZB fordern bereits seit Langem eine Reduzierung der Staatsbediensteten, in Tschechien noch ein Erbe aus sozialistischen Zeiten. Dadurch sollen 21,6 Milliarden Kronen eingespart werden.

Auch Sozialminister Petr Nečas (ODS) will weitere Milliarden sparen, indem er Angestellten Gehaltszuschläge kürzt.

Im Jahr 2008 will die Regierung eine einheitliche Einkommenssteuer in Höhe von 15 Prozent einführen, die Mehrwertsteuer soll bei 19 Prozent bleiben.

Inflation und Arbeitslosigkeit

Die Inflationsrate lag im Jahr 2006 im Durchschnitt bei 2,5 Prozent. Gemessen am Vorjahresmonat schwankte der Wert bis Oktober um 3 Prozent. Seit Oktober ist sie deutlich niedriger, im Januar und Februar 2007 konnten Werte von 1,3 bzw. 1,5 verzeichnet werden.

Auch die Arbeitslosenquote, die im Jahresdurchschnitt 2006 8,1 Prozent betrug, ist im neuen Jahr leicht gefallen. Im Januar waren 7,9 Prozent, ca. 435.000 Menschen ohne Beschäftigungsverhältnis. Im Februar sank sie nochmals um 2 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. 2006 lag sie im Februar bei 9,1 Prozent.

Grund für die positive Entwicklung ist die verbesserte Wirtschaftslage. Keine Veränderung des regionalen Gefälles im Bereich der Arbeitslosenquote: In Prag und Budweis liegt

sie am niedrigsten; kritischer ist die Situation in den Bezirken Most, Nordböhmen- und Mähren. Hier wurden im Februar 19,2 Prozent gemessen.

Deutsche Unternehmen investieren weiter in Tschechien

Die Deutschen Unternehmen in Tschechien sind mit der Wirtschaftslage zufrieden. Laut einer Umfrage der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer (DTIHK) bewerten 70 Prozent der deutschen Unternehmer die Geschäftslage als gut. Mehr als ein Drittel glaubt, dass das laufende Jahr besser ausfallen wird als das Vorherige.

Experten kritisieren dennoch die mangelnde Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte. Die DTIHK schlägt ein Duales Berufsausbildungssystem nach deutschem Vorbild vor. Zusätzlich soll im gewerblich-technischen Bereich die Nachwuchsförderung verbessert werden.

83 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, wieder in Tschechien investieren zu wollen. Dies sind 6 Prozentpunkte mehr als im vorherigen Jahr.



Bernard Bauer, Geschäftsführer der DTIHK, prognostiziert für 2007 ein BIP-

Wachstum von 5 Prozent. Das Finanzministerium erwartet diesen Wert auch für das Jahr 2008.

Die Chancen für eine erfolgreiche Legislaturperiode für die Regierung Topolánek stehen, zumindest aus der volkswirtschaftlichen Perspektive, gut.

Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Prag

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Tomislav Delinic
Felicitas Gehrold

Klimentská 46
110 02 Praha 1
Tel.: 00420-222 320 190
Fax: 00420-222 320 198
Email: kasprag@kasprag.cz
Web: www.kas.de/prag